

Danziger Volksstimme

Einheitspreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 100 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 250. Seite 0,30 Gulden, Kleinanzeigen 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Sonnenzeitungen und Unternehmensanfragen in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 133

Dienstag, den 10. Juni 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spindhaus Nr. 6.
Poststreckenkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Die Krise in Frankreich.

Millerand bildet ein Kabinett Marsal. — Abwehrmaßnahmen des Linksblocks.

Nachdem der Führer der Radikalen, Herrriot, es abgelehnt hat, aus den Händen Millerands das Mandat zur Regierungsbildung zu übernehmen, war Millerand bemüht, einen anderen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt zu finden. Nach mehrfachen Abstagen anderer Persönlichkeiten hat sich schließlich der frühere Finanzminister Marsal bereit erklärt, die Kabinettbildung zu übernehmen. Marsal soll heute die Proklamation Millerands an das neu gewählte Parlament zur Verlesung bringen. Vorausichtlich wird dann am selben Tage Marsal wieder demissionieren, nachdem ihn die Kammer erledigt haben wird. Die Sitzung wird mit einer scharfen Regierungserklärung beginnen, die als Einleitung zur Botschaft des Präsidenten Millerand gedacht ist. Die Debatte darauf wird heftig, aber kurz sein, und am Abend wird François Marsal dem Präsidenten seine Demission überbringen, worauf Millerand selber ihm eventuell noch in der Nacht, wenn nicht, dann am Mittwoch mit seiner Demission folgen wird, da er dann einer formellen Missbilligung seiner Haltung durch die Kammer gegenübersteht, die durch die Form der von der Kammer zu beschließenden Tagesordnung unzweideutig ausgedrückt werden wird.

Das weitere Programm ist folgendes: Trifft diese Vor-aussage ein, so würde der Kongress in Versailles am Freitag, den 13. Juni, zu seiner 13. Legislaturperiode zusammen-treten, um den neuen Präsidenten der Republik zu wählen. Die Rechte versucht alles mögliche, um die Stimmen der Linken bei der Präsidentenwahl zu spalten und im wiederholten Wahlgange ihren Kandidaten durchzubringen. Man nennt als Kandidaten der Rechten für die Präsidentenschaft außer Millerand auch Poincaré. Dieses Manöver hätte aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Linke nicht von vornherein ihre Kandidaten präsentiert. Bis heute war dieser Mann freilich noch nicht gefunden. Man schwankt noch zwischen Painlevé und Doumergue. Morgen hofft man jedoch innerhalb der Linksparteien der Kammer und des Senats zu einer Einigung zu kommen. Im Senat wird die Abstimmung erst nach der Kammer stattfinden, um Differenzen zwischen beiden Körperschaften auszuschalten. Wenn am Freitag die Wahl in Versailles vollzogen wird, so glaubt man, am nächsten Sonntag Herrriot an der Spitze der Regierung der Linken bereits im Amt zu sehen.

Die Antragen, die Kammer bis zum Ende der Krise in Permanentztagen zu lassen, ist von den Sozialisten auf Bunsch Herriotics und Painlevés zurückgezogen worden. Die Kammer wird statt dessen täglich eine Sitzung abhalten, dagegen ist ein Antrag des Abg. Moutet auf Aufhebung des Artikels 213 des Budgetgesetzes mit großer Mehrheit angenommen worden. Er hat zur Folge, daß die von der Kammer des Nationalen Blocks im vergangenen Jahre auf zwei Jahre festgelegte Gültigkeit des laufenden Etats am 1. Juli aufhört und die neue Kammer von diesem Tage ab nicht nur die Kontrolle über die staatliche Finanzverwaltung, auf die die Reaktion verzichtet hatte, wieder an sich nimmt, sondern zugleich in die Lage gesetzt wird, einer der Kammer gegen ihren Willen aufkriegerischen Regierung die Kredite zu verweigern. Mit dieser Waffe in der Hand kann sie der Weiterentwicklung der Dinge in Ruhe entgegensehen; denn damit ist nicht nur der Herr Millerand zugeschriebener Absicht, die Parlamentaristin sofort nach der Konstituierung des neuen Ministeriums möglich zu lassen, sondern auch allen Machthabern ähnlicher Art ein Riegel vorgehoben. Die Kammer hat zur Vorbereitung der nötigen gesetzlichen Maßnahmen eine 4gliedrige Kommission eingesetzt, die sich aus 18 Radikalsozialisten, 12 Sozialisten, 6 Republikanisch-Sozialisten, 2 Mitgliedern der Linken und 6 Vertretern der Minderheit zusammenstellt. Auch hier hat also die neue Mehrheit einen bemerkenswerten Sieg davongetragen.

*

Die endgültige Zusammenstellung des neuen Kabinetts ist folgende: Vorsitz und Finanzen: François Marsal. Justiz: Senator Ratis, Krieg: Senator du Prey, Inneres: Senator de Salles, Krieg: Abgeordneter Maginot, Marine: Abgeordneter Deire Ferry, Kolonien: Fabry, öffentliche Arbeiten: Taquet, Arbeit: Jourdain, Befreiung: Goblet, Louis Martin, Wirtschaft: Copus, öffentlicher Unterricht: Landry, Handel: P. G. Landau.

Krisenstimmung auch in Polen.

Annahme oder Ablehnung des Gesetzes über die außergewöhnlichen Vollmachten.

In der Woche nach Pfingsten wird für die außerparlamentarische Regierung Grabškis eine sehr kritische Zeit beginnen, da sich der Sejm, der täglich Beratungen abhält, mit der Annahme oder Ablehnung des Gesetzes über außergewöhnliche Vollmachten für die Regierung besonders auf finanzpolitischem Gebiet befassen wird. Nach wie vor besteht in den Linksparteien der dringende Bunsch eine grundlegende Rekonstruktion des gegenwärtigen Kabinetts durchzuführen. Es handelt sich vor allem um die Aenderung bei fünf Ministerien: bei den Ministerien für Auswärtiges, Justiz, Kultur, Handel und Inneres. Indessen bangen alle politischen Linksparteien davor, die Verantwortung für die Regierungskrise zu übernehmen und wollen deshalb die Piastenpartei vorwählen, damit diese eine Rekonstruktion des Kabinetts durchsetze. Da die Piastenpartei das Jüngste an der Wage bildet, so wäre dies leicht möglich gewesen. Nun aber sind in einer Interpretation der Abgeordneten Witos und Syrka mit dem

Ministerpräsidenten Grabškis die Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege geräumt worden, außerdem hat sich Grabškis verpflichtet, verschiedene Forderungen der Piasten-Partei, in der Hauptsache wirtschaftlicher Art, zu erfüllen. Eine ähnliche Haltung nehmen die Nationale Arbeiterpartei, die christlichen Demokraten und die Byzwolensie, das ist die radikale Bauernpartei, ein, die alle nicht die Verantwortung für eine Regierungskrise, welche die Durchführung der Sanierungsaktion gefährden könnte, auf sich nehmen wollen. Nur die von der Piastenpartei abgezweigte Bory-Gruppe hat sich entschlossen, der Regierung die Verlängerung des Ermaßtigungsgelezes zu verweigern. Die Sozialisten halten es für notwendig, die Sanierungsaktion durchzuführen. Erst im Herbst wollen sie die unparlamentarische Regierung durch eine Regierung, die sich auf die politische Partei stützt, ersetzen.

Die Sozialdemokratie übernimmt die Senatsbildung

Die Sozialdemokratie hat die ihr übertragene Neuordnung der Regierung im Freistaat Danzig übernommen. Der gestern im Volkstag tagende Parteiausschuß der sozialdemokratischen Landesorganisation hat mit 28 gegen 3 Stimmen die vom Landesvorstand vorgelegte Entschließung, die wir bereits veröffentlicht haben, genehmigt. Die nachmittags zusammengetretene Fraktion der BDPD beantragte den Fraktionsvorstand, die weiteren Verhandlungen mit den in Frage kommenden Parteien zu führen. Der Fraktionsvorstand ist zu diesem Zwecke heute an die Mittelparteien herangetreten.

Das Echo, daß das sozialdemokratische Koalitionsprogramm bei den bürgerlichen Parteien und Gruppen gefunden hat, ist naturnäher sehr verschieden. Die "Danziger Neuesten Nachrichten", die in der Deutschen Partei den rechten Flügel vertreten, sind Gegner einer Koalition mit der Sozialdemokratie und treten für den großen Bürgerblock ein. Um den Lesern das weitere Regieren mit den korrupten Deutschnationalen schmackhaft zu machen, muß das sozialdemokratische Programm als undurchführbar gebrandmarkt werden. Die Forderungen seien im wesentlichen Anfangsabforderungen, die die bürgerlichen Parteien ablehnen müßten, solange keine

Deckung da sei. Ebenso polemisiert das Blatt gegen die sozialdemokratische Forderung auf Aufrechterhaltung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen betr. der Sichtstundentag. Dieser bedeute für Danzig eine "wirtschaftliche Unmöglichkeit". Schließlich tritt das Blatt auch gegen das sozialdemokratische Bauprogramm auf, an dessen Stelle es nichts Besseres ansehen weiß, als daß die freie Betätigung des Bauens ermöglicht wird, d. h. daß die Mieten so ins Unermessliche gestiegen werden, daß das Bauen den Wohnungs- und Grundstücksspekulanten wieder als ein profitverheißendes Betätigungsfeld erscheint.

Etwa freundlicher stellt sich die linksliberale "Danziger Zeitung" zu dem sozialdemokratischen Regierungsprogramm. Sehr naiv klingt aber die Verwunderung dieses Blattes darüber, daß die Sozialdemokratie Anspruch auf eine dem Stärkeverhältnis der Partei entsprechende Verteilung der Senatorennomina erhebt. Das Blatt hofft, daß die Partei hiermit noch mit sich werde reden lassen. Diese Hoffnung dürfte allerdings eine trügerische sein. Wenn die Sozialdemokratie sich schon zu einer Koalition mit den Bürgerlichen bereit erklärt, so ist die Regierungsbeteiligung auf Grund des Stärkeverhältnisses das Mindeste, was sie verlangen muß.

Uneingeschränkt tritt die der Aba-Gruppe nahestehende "Danziger Rundschau" für das sozialdemokratische Regierungsprogramm ein. Dagegen schweigt sich die Presse der für die Koalition ausschlaggebenden Partei des Zentrums auch zu dieser Frage bemerkenswerterweise völlig aus.

Englisch-französische Verständigung.

Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, leicht habe ein wichtiger Gedankenaustausch zwischen Vertretern der britischen Arbeiterpartei und den französischen Sozialistisch-Radikalen stattgefunden. Angesichts dieser Gespräche sei die Erzielung eines ziemlich umfassenden Übereinkommens wahrscheinlich. Dieses Abkommen werde be-handeln: Die Durchführung des Dawes-Planes mit der darauffolgenden wirtschaftlichen Räumung des Mührgebietes und Rheinlandes, sobald Deutschland die notwendige Belebung angenommen habe und die internationalen Leitungen in der Lage seien, die ihnen zugewiesenen Organisationen zu übernehmen und sofort die Herabsetzung der militärischen Belebung des Mührgebietes auf ein unzulässiges Maß und ihre Beendigung. Schließlich die Durchführung des Dawes-Planes unter deutscher Mitwirkung statt vorstatten gebe. Rüfung der Sicherheitsfrage durch den Völkerbund, wobei Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll, baldigste Übertragung der Kontrolle der deutschen Rüstungen auf den Völkerbund nach Durchführung der vor kurzem vorgelegten neuen interalliierten Untersuchung und Erörterung über die allgemeine Rüstungsverminderung.

Deutscher Justizbankrott.

Von Paul Bent.

Das Deutsche Reich hat auch nach dem Zusammenbruch die Mittel gehabt für manchen teuren Sport. Es konnte Reichswehr und Schupo neu förmulieren, daß vom alten Adam nichts mehr blieb als der Nabel. Es hat sämtliche Güterwagen neu angestrichen und mit der neuen Firma versehen. Es hat unzählige neue Amtser, hat neue Ministerien geschaffen und dafür gejagt, daß kein Minister sich auf dem abgetrennten Berliner Plaster die Haken krumm lassen muß. Sie haben alle ein Auto. Es konnte sich auch für prater propter zehn Goldmilliarden den glorreichen Ruhrkrieg leisten. Und nur ein einziges Mal fand die deutsche Republik den sittlichen Halt zur Sparsamkeit: als die obere denkliche Justizbehörde die Antwort fand auf jene Anklage, die das Gumbel'sche Buch "Vier Jahre Nord" wider sie erhoben hatte. Wo es vieles publiziert wird: Heimatdienstlügen und Propagandaertränen und numerierte Schandtaten der Franzosen am Rhein bis zu jenen Rüdzüchten, bei denen man nicht weiß, wo das Angeklante von dem Rüdzlichen sich heideit, ward entschieden, daß diese Denkschriften unveröffentlicht sollte bleiben, im Reichstagsarchiv vermodern, und der privaten Initiative hat es befreit, um sie dem so sicheren Vergessen zu entreißen. Die "Zeitschrift des Reichsjustizministeriums über Vier Jahre Nord" ist erschienen*) und kann gelesen werden: nüchtern, trocken, aktenmäßig, erschütternd.

Man soll nun nicht etwa glauben, daß in dieser kalten Auseinanderreihung von Aktenstücken und Aktenauszügen je einmal geagt wurde, daß es erlaubt sei, Protesten einzulegen oder daß ein Mord von rechts gegen links kein Mord sei, sondern eine vaterländische Tat. O nein! Es etwas zu sagen, läßt das jährlich vom Justizminister gepräsente Pflichtgefaß des deutschen Richter nicht zu; das würde widersprechen dem "hohen Sinn für Gerechtigkeit", das unser Richtertum durch die Stürme unserer Zeit hindurch gerettet hat. O nein. So eine Missat geheigt, da schreitet die Justiz ein und sie ist auch an den Früchten zu erkennen.

Es gibt verschiedene Methoden, alle diese Fälle zu einem der deutschen Justiz würdigen Ende zu bringen. Da ist zunächst die militärische Methode, nach der u. a. der Matrosenmord in der französischen Straße und noch ein paar andre Morde zu einem Ende gebracht worden sind, daß das Reichsjustizministerium befriedigt. Da werden in der französischen Straße dreißig Matrosen an die Wand gesetzt und mit Maschinengewehren erschossen. Den Befehl erteilt ein Offizier. Irrgendeine Veranlassung zu diesem Befehl — wenn es überhaupt eine geben könnte — haben die Matrosen nicht gegeben. Der Offizier wird vor Gericht gejagt. Er erklärt: er habe so gehandelt auf Grund eines Befehles, der ihm von seinem Vorgesetzten durch einen Mittelmann überbracht worden sei. Nicht er, sondern der Vorgesetzte trage die Verantwortung. Der Vorgesetzte seinerseits erklärt, nicht diesen Befehl, sondern einen andern Befehl habe er gegeben. Das genügt. Ur-

teil des Gerichts: Freisprechung. Gegen den untergebrachten Offizier: denn er habe gehandelt auf Grund eines Befehles, der zwar anders gelautet habe, den aber er, der Angeklagte, wie ihm nicht zu widerlegen sei, aufgesetzt habe als einen Befehl zur Erschießung. Gegen den Vorgesetzten Freisprechung: denn er hat ja den Befehl nicht gegeben, ist ja falsch ausgelegt worden. Es war alles nur ein unglückliches Missverständnis, bis auf die paar Dutzend Leichen, die unmissverständlich auf den Kirchhof kommen. Und die weitere Frage, ob überhaupt ein Offizier, wenn ihm der Befehl auf Erledigung missbildiger erteilt werde, ihn ausführen dürfe, ob nicht auch die Ausführung eines solchen Befehles Mord sei? Ach, die Antwort auf diese Frage, die liegt, wie Bater Brieß zu sagen pflegte, "in weitem Felde". Die Untersuchung dieser Frage hat man unterlassen; das hätte am Ende gar zu einer Verurteilung führen können. Und so hat man die Akten geschlossen und dahinter geschrieben: Von Rechts wegen. Das ist die militärische Erledigung.

Die andre ist die kriminellistische Erledigung. Ein paar Dutzend Proleten sind einstens totgeschlagen oder totgeschossen worden. Die es taten, waren entweder reguläre Verbände oder irgendwelche Freikorps oder sonstige Organisationen, nach Namen und Nummer genau bekannt. Nur die Täter sind nicht zu ermitteln. Wir haben keins von den Aktenstücken gesehen; wir können uns nur denken, wie sie aussiehen. Uniformig die. Da sind Anfragen drin an ungefähr sämtliche Polizeibehörden und Einwohnermeldeämter Deutschlands und des umliegenden Europas. Und keine brachte die erwünschte Auskunft. Und zu wenden diese Akten von Behörde zu Behörde, von Amt zu Amt, von Register zu Register und werden immer dicker und werden immer schwerer, bis bald die zu erwartende Antwort das Porto nicht mehr lohnt. Dann wird die Aktenwanderung eingestellt. Der Täter war nicht mehr zu ermitteln. Punkt und Streifend.

Auf in einigen wenigen Fällen ist durch ein technisches Versehen der Täter bekannt geworden. Versteht sich, daß er dann nicht zu finden und daß dann die Aktenwanderung beginnt, nur mit einer andern Frage. Statt: wer der Täter ist; das Rechtstat bleibt dasselbe: es ist — die kriminellistische Erledigung.

Und dann die juristische Erledigung. Das sind die Fälle, in denen der juristisch geklärte Verstand das keine tut, um die Sache zu einem würdigen Ende zu bringen. Wir wissen aus der Schar der Fälle zwei hervorheben. Es sind zwei bayerische. Der eine betrifft den General Haas. Der württembergische General Haas war Befehlshaber einer Truppenabteilung, die gegen München "eingreift" wurde. Er erließ einen Tagesbefehl. Feldgerichte einrichten, die sofort vollstreckbare Todesurteile erlassen sollten. Auf Grund des "Befehls" solcher Feldgerichte sind etwa 150 Menschen erichtet worden, allein 52 Mützen in einer Kiesgrube. Der gerichtliche Befehl sagt: "Das Feldgericht hat in den bestehenden Gelegenheiten keine Gründlage ... Bei der Beurteilung der Frage, ob Generalmajor Haas und seine Berater

*) Herausgegeben von E. J. Gumbel. Der Mäst-Verlag, Berlin B. 9.

Danziger Nachrichten

Danzig-polnische Verständigung.

Absehung aller Streitfragen von der bevorstehenden Völkerbundrats-Tagung.

Die Senatspressestelle meldet: Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, alle Danzig-polnischen Fragen, welche auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundes standen, in einer provisorischen Art zu regeln, so daß der Rat des Völkerbundes gebeten werden konnte, alle Danzig-polnischen Fragen von der Tagesordnung abzusehen. Die Freie Stadt Danzig wird daher an den diesmaligen Beratungen des Rates des Völkerbundes nicht teilnehmen.

Die wichtigste Vereinbarung betrifft die Regelung der Frage des Sitzes der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig. Hierüber ist die nachstehende Vereinbarung vom Präsidienten Sahn für die Freie Stadt Danzig und dem Minister Straßburger für die Republik Polen gezeichnet worden:

1. Polen und Danzig vereinbaren, daß sofort in Verhandlungen eingetreten werden soll über die Regelung der Frage des Sitzes der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig für Eisenbahner auf dem der Freien Stadt Danzig be nachbarten Gebiete im Einvernehmen mit der Freien Stadt.

2. Außer der Behandlung dieser Frage ist es auch erwünscht, daß alle zu diesem Zeitpunkt noch schwelbenden Meinungsverschiedenheiten in Eisenbahngesellschaften zum Zwecke ihrer endgültigen Beilegung geprüft werden.

3. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

4. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

5. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

6. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

7. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

Gegen den Denkmalrummel.

Selbst der christliche Verband der Kriegsbeschädigten nimmt jetzt in folgender Erklärung gegen die Bemühungen auf Errichtung von Kriegerdenkmälern Stellung:

In allen Zeitungen nationaler Richtung steht man jetzt wieder Aufrufe über Aufrufe für die Errichtung von Kriegerdenkmälern, die das Gedächtnis an die im Weltkrieg Gefallenen bei der leichten und auch leichtvergessenden Masse aufrecht erhalten sollen. Nun stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß man die für die Heimat im Kampfe Gefallenen ehren muß. Aber wir befinden uns im Gegensatz zu der allgemein gang und gäben Auffassung, daß diese Ehrengut mit Denkmälern aus Erz und Stein geschehen könne.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die beste Kriegerehrung, die auch vollkommen im Sinne der Gefallenen liegt, eine einigermaßen befriedigende Versorgung der hinterbliebenen dieser Gefallenen, sowie der Kriegsbeschädigten ist. Oder hat man gar kein Verständnis für das bittere Gefühl, das die hinterbliebenen bekleichen muß, wenn sie die Ehrenungen mitmachen, die den Toten gelten, und wenn sie dann die schönen Redensarten „von Kameradschaft bis über das Grab hinaus“ hören; und dann nach Hause zu dem färglichen Mittagstisch kommen und dort ein Schreiben des Verpflegungsamtes vorfinden, durch welches ihnen ein weiteres Schuh der Rente abgepreßt wird, weil sie mit dem letzten Aufgebot der letzten Kraft noch durch ehrliche Arbeit ein paar Groschen verdienen.

Hat man wirklich in den verantwortlichen Kreisen des deutschen Volkes kein Verständnis dafür, daß die Ehrengut der Toten zwar eine moralische Pflicht ist, daß es aber darüber hinaus noch eine höhere Pflicht gibt, nämlich die für die hinterbliebenen dieser Toten zu sorgen? Das soll man dazu sagen, wenn z. B. in einer mitteldeutschen Stadt für ein solches Denkmal dreitausend Goldmark ausgeworfen werden und wenn man gleichzeitig weiß, daß Kriegereltern und Kriegerwitwen allmählich in bitterste wirtschaftliche und soziale Not geraten? Nach unserer Auffassung ist das schönste Kriegerdenkmal des deutschen Volkes eine ausreichende Versorgung der hinterbliebenen der Kriegsopfer. Ist diese gesichert, dann mag man unterhalben Denkmälern

Wir hatten einmal Gelegenheit, die Gräber der Gefallenen auf dem hiesigen Militärfriedhof zu besichtigen, wir wußten mit feststellen, daß die Gräber in einem Zustande sich befinden, der jeder Beschreibung spottet. Wir erinnern daher die verantwortlichen Stellen, hier einmal Aufmerksamkeit zu geben, wenn die Pflege dieser Gräber unterliegt. Man kann es tatsächlich nicht mehr unterscheiden, ob diese Gräber sind oder Schutthaufen. Nur diejenigen Gräber sind noch in Ordnung, deren hinterbliebene hier anträumt. Es wäre zweckmäßig, daß man hier geeignete Schritte unternimmt, damit die Gräber nicht noch weiter verfallen, sondern in Zukunft besser gepflegt werden wie bisher.

Radio-Demonstrationsveranstaltung. Der Verein der Danziger Funkfreunde, der erst seit kurzer Zeit besteht, trat Sonnabend im Deutschen Volkshaus mit einer wohlgelungenen Veranstaltung vor die Öffentlichkeit. Es war im Verein gelungen, einen der ersten Radiosender Deutschlands auf dem Gebiete des Radionetzwerks, Herrn Pfeiffer, zu erlangen, der diesen Abend zu gewinnen. Herr Pfeiffer gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die Bedeutung des Rundfunks nicht nur im wirtschaftlichen und politischen, sondern auch in idealer Hinsicht als ein wertvolles Mittel, durch mühelose Überbrückung der Entfernung, die Gegenläufe zwischen den Parteien im engeren Verbande, wie auch zwischen den einzelnen Völkern selbst, möglich zu vermindern. Am Ende von trefflichen Reden machte der Redner sodann seine Zuhörer mit den Rundfunkapparaten, deren fachgemäße Ausstellung und

Handhabung bekannt und eröffnete interessante Ausblicke auf Empfang amerikanischer Sendestationen in Deutschland auf dem Umweg über England. Nach Schluss und auch schon während des etwa 1½ stündigen Vortrages war trotz des äußerst schlechten Radiowetters und der heftigen Notantenne Empfang mehrerer deutscher Stationen, wie Berlin, Überseewelle usw., durch Lautsprecher möglich gewesen. Die Entfernung vom Aufnahmestand und wurde besprochen und mit Grammophon bespielt. Der gefüllte Saal bewies, daß in Danzig reges Interesse am Rundfunk besteht.

Die Errichtung eines Hallen-Schwimmbades.

Seit dem Jahre 1908 hat der Bau eines Hallenschwimmbades in Danzig die Deöffentlichkeit immer wieder beschäftigt. Über trog Anregungen manigfacher Art ist Danzig auch heute noch die einzige deutsche Großstadt ohne Hallenbad. Seit den ersten Verträgen des 1908 begründeten „Vorberichtsausschusses für den Bau eines Hallenschwimmbades“, der für ein Projekt auf dem Grundstück Lastadie 36b eintrat, bis zu jener Stadtverordneten-Sitzung am 10. Juni 1913, in der das Hallenbad (noch als Beisegabe Danzigs zum Regierungsjubiläum des ehemaligen Kaisers) beschlossen und 385 000 Mark bereitgestellt wurden, sind Jahre vergangen und weder aus dem Jubiläumbau ist etwas geworden, noch besteht überhaupt die Kaiserheitlichkeit. Es sollte zwar 1914 mit dem Bau auf dem Grundstück Heumarkt 1/2 begonnen werden. Schon wurde abgerissen, daß kam der mörderische Krieg und legte auch diese Arbeit still.

Nun soll jetzt an die Wirklichung des alten Planes herangegangen werden. Nach den sachmäßigen Forderungen und auf Anregung des Herrn Dipl.-Ing. M. Grueberg, der die Anlage in- und ausländischer Bäder und Bäderstudien und geplant hat, ist der Vorentwurf von Herrn Architekt Hans Meier geschaffen, der sich bei bedeutenden Bauten des Wiederaufbaus Ostpreußens rühmlich gemacht hat und das größte Wasserfunkhaus Woltersdorfer Schleuse bei Berlin schuf.

Zum Brennpunkt des Verkehrs, am Bahnhof, in der Elisabethstrasse, hinter den U-T.-Richtspalten soll es entstehen. Verdient schon diese Lage den Vorzug vor allen früheren, so vor allem die Verbindung des Schwimmbades mit sonstigen Nebenbetrieben. Es sind vorgesehene Bäumen, medizinische, Heißluft- und Dampfbäder. Erfrischungsräume und Zuschauerraume bei Wettkämpfen stärken die Rentabilität des Betriebes und eine Großwäscherei für Postwäscherei nach amerikanischen Vorbildern vervollständigen die Anlage. Unterstützung durch die Senatsstellen und volle Zustimmung durch die Vertreter der Sportvereine haben die Vorbereitungen so gefördert, daß der Plan der Deutschen

5. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

6. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

7. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

8. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

9. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

10. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

11. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

12. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

13. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

14. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

15. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

16. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

17. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

18. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

19. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

20. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

21. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

22. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

23. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

24. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

25. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

26. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

27. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

28. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

29. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

30. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

31. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

32. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

33. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

34. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

35. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

36. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

37. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

38. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

39. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung vom 23. 6. 23 leiten lassen werden.

40. Jede Meinungsverschiedenheit bezgl. der neu abzustehenden Vereinbarung oder der in Ziffer 2 erwähnten strittigen Angelegenheiten, die nicht im Laufe der Verhandlungen geregelt werden kann, kann von jeder Partei dem Überkommissar gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages unterbreitet werden.

41. Dieses Abkommen soll nur in Kraft bleiben, falls vor dem 15. 8. 1924 entweder ein Einvernehmen über alle strittigen Fragen erreicht ist, oder die noch strittigen Fragen dem Überkommissar zur Entscheidung unterbreitet sind.

42. Der Rat des Völkerbundes wird gebeten, eine Entscheidung über die Berufung gegen die Entscheidung des Überkommissars vom 12. 12. zu verlagen.

Über die anderen Streitfragen und ihre Regelung liegen bisher keine Nachrichten vor.

43. Beide Parteien vereinbaren, den Generalsekretär des Völkerbundes zu ersuchen, zwei Sachverständige zu ernennen, die auf Grund ihrer technischen und juristischen Erfahrung bezgl. der staatlichen Eisenbahnverwaltung gewählt werden, damit diese den Verhandlungen beitreten. Einer von ihnen soll den Vorsitz über die polnische und Danziger Delegation führen und der andere soll als technischer Berater tätig sein.

44. Beide Parteien sind übereingekommen, daß bei der Be

ratung der in Ziffer 1 vorgesehenen Vereinbarung die beiden Regierungen sich in erster Linie von der vorläufigen Vereinbarung

Danziger Nachrichten

Der Flugverkehr Danzig - Marienburg.

Der Danziger Aero-Club, welcher täglich von Danzig nach Berlin und Königsberg fliegt, wird ab Mittwoch, den 11. Juni auch den Flugverkehr Danzig - Marienburg aufnehmen. Ein polnisches Visum ist nicht erforderlich. Das Flugzeug wird abends 7 Uhr auf dem Flugplatz Langfuhr starten, damit die Reisenden den Anschluss an den Schnellzug nach Berlin bekommen. Von Marienburg wird das Flugzeug morgens nach Ankunft des D-Zuges von Berlin um 7.15 Uhr absteigen. Die Flugdauer wird ca. 25 Minuten betragen. Der Abflug von Danzig ist etwas früh gelegt, damit die Passagiere Gelegenheit haben, die landschaftliche Schönheit des Freistaates bewundern zu können. Der Fahrpreis wird 20 Mark betragen. Nächste Ausfünfte erteilen der Norddeutsche Klond, Danzig, Hohes Tor, sowie die Filiale des Norddeutschen Klond in Boppot, gegenüber dem Wilmersdorfer Bahnhof, das Reisebüro "Orbis" Danzig, Heilige-Geiste-Gasse 134, und Gebr. Kleinhardt, Vertretung der Hamburg-Amerika-Linie. Bei Bedarf kann das Flugzeug auch von Danzig zum D-Zug ab Marienburg 11.21 Uhr mittags, an Berlin Schlesischer Bahnhof 6.53 Uhr abends, und rückfahrend zum D-Zuge ab Berlin Schles. Bahnhof 9.55 Uhr vormittags, an Marienburg 5.17 Uhr nachmittags, als Extraflugzeug verkehren. Der Preis wird nicht viel höher sein.

Gastspiel im Stadttheater. Es war schade, daß das Gastspiel von Marcella Roeseler als "Margarethe" auf den ersten

Pfingstfeiertag fiel — das Resultat war ein unbeschreiblich leeres Haus, in dem man sozusagen unter sich war. Die Gastin litt zwar unter einer leisen Indisposition, die ihr eine Glanzleistung zu geben wie neulich die "Butterfly" nicht gestattete, abgesehen davon, daß die ausgeprochen italienischen Partien überhaupt mehr ihre Domäne zu sein scheinen. Immerhin hatte man genug Gelegenheit, sich an dem hellen, angenehm weichen und strahlenden Sopran der Sängerin zu erfreuen, an ihrer exakten Art des Singens, an diesem sinnlich ergreifenden, wohltuend gerundeten Ton, an ihrem intelligenten, mäzenhaften Darstellungsstil, der ein würdigeres Objekt zur Entfaltung verdient hätte, als dieses jährlinöse Gretchen. So war der Abend dank Frau Roeseler's Auftreten kein verlorener — denn die übrige Aufführung erinnerte auf Schritt und Tritt in aufdringlicher Weise an den Feiertag.

Boppot. Sport an den Feiertagen. Am ersten Pfingstfeiertag wurden auf dem Manzenplatz mehrere Fußballduelle ausgetragen. Neben einigen Kämpfen lokaler Mannschaften fand ein Fußballduell zwischen dem Sportklub "Sturm", Lauenburg, und dem Boppoter Sport-Verein statt. Beide Mannschaften zeigten sich durchaus ebenbürtig. Bei Halbzeit stand das Spiel 2 : 1 für Lauenburg. Nach starkem Kampf endete das Spiel mit 2 : 2. — Am zweiten Feiertag standen sich wiederum Sportklub "Sturm" Lauenburg und Ostmark I gegenüber. Der überaus interessante Wettkampf endete mit 1 : 1 für Lauenburg. — Auch die Arbeiter-Turnerschaft war in den Feiertagen nicht untätig. Am 1. Feiertag spielte Freie Turnerstadt Boppot Jugend I gegen Schiditz Jugend I auf dem Heinrich-Ehlers-Platz in

Langfuhr. Ergebnis 8 : 0 für Boppot. Sonntag, den 15. Juli spielt dieselbe Boppoter Arbeiter-Turner-Mannschaft in Heubude gegen Heubude Jugend I im Entscheidungskampf des am Sonnabend in Boppot stattgehabten unterschiedenen Spiels. Hier war das Ergebnis 1 : 1. — Am 2. Feiertag konnte man die Freien Turner Boppot tätig sehen in den Vorübungen zum Reichsarbeiterfesttag in Danzig am 21. und 22. Juni. Gestellt wurden Weitsprung, Laufen, Ballweitwerfen, Faustball, Fußball, Schlagball.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Kooken, sämtlich in Danzig Druck und Verlag von F. Gehl & Co., Danzig.

Leser, berücksichtigt die Inserenten unserer Zeitung.

Vollkommenheit kennzeichnet alle Schuhe der Marke

Seiser

"JKA" Danziger Schuh-Actien-Gesellschaft

Alleinverkauf:
Langgasse 73



In diesem Zeichen verkörpert sich unsere berühmte Schuhmarke.

SEIDEL'S
KONDITOREI UND CAFE

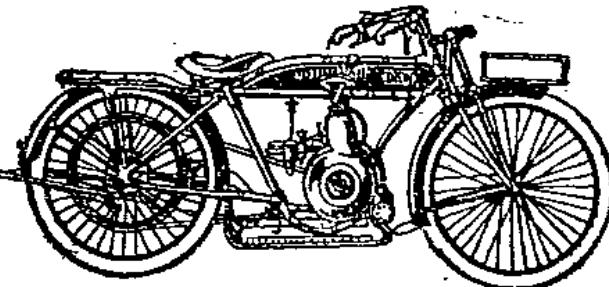
Mokka-Salon im Parterre

Das elegante LUXUS-CAFE in der 1. Etage
Breitgasse 8-9 Telephon 3283



Danziger Edel-Likörfabrik

Fritz Reich & Co.
Danzig, Poggenpohl 24/25
Telephon 5396



DKW - Motorräder, weltberühmt

Generalvertrieb:
Danziger Automobil - Vertrieb, Kohlenmarkt Nr. 13

Hotel Danziger Hof

Größtes Haus am Platze
Post-Telefon in allen Zimmern

Wintergarten - Tanz-Palais

Elegantes Weinrestaurant

Fockingshause

Künstlerspiele
Erstklassiges Kabarett

Bonbonniere
Größte und elegante Bar im Freistaat

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!

A) **Danziger Vorortverkehr**

Danzig - Neufahrwasser.

Ab Danzig: 1200, 150, 522 W, 548, 625 W, 655, 735 W, 836, 938, 1130, 1215, 150, 230 W, 240, 320, 343, 420, 445, 545, 645, 745, 845, 945, 1045.

Ab Neufahrwasser: 220, 452, 582, 618, 638 W, 735, 806 W, 906, 1008, 1244, 1246, 150, 250 W, 310, 350, 415, 450, 515, 615, 715, 815, 915, 1015, 1115

Danzig - Praust.

Ab Danzig: 412, 452 W, 502, 532 W, 647 W, 850, T 1000, 1215, 154, 208, T 315, 400 W, 415, 640, T 815, 940, T 1040.

Ab Praust: 452, 520 W, 612 W, 718, 815 W, 900, 1024, T 1105, 1248, 210, T 350, 420, 445, 607, 730, 929, T 941, T 1140.

Hugo Dettlaff

Tel. 1807 D A N Z I G Tel. 1807
Altstadt. Graben 100

Prima Backmehle :: Mühlenfabrikate :: gut kochende Hühnchenfrüchte :: Saaten u. Futtermittel :: Heu :: Häcksel Stroh :: Vogel-, Tauben- und Hühnerfutter.

W. Stremlow

Inh.: P. Reganzerowski
— Likör-Fabrik —
Pfefferstadt 36/37 Fernsprecher 563



Größtes Modehaus Danzigs

Elegante Damen- und Herrenbekleidung — Damenputz — Wäsche

**Partiewaren-
Gelegenheitskäufe**

Junkergasse 1

Kleider, Blusen, Röcke, Wäsche, Schürzen
Trikotagen

Berliner Pelzvertrieb

Danzig, Breitgasse 121, 1 Tr. :: Telephon 3137, 5659

Brotfabrikation

Danziger Brotfabrik
Rittergasse Nr. 7-8

Feinbäckerei

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Größte Brauerei des Freistaates
Produktionsfähigkeit 150 000 hl

Spezialität

Artuspils

13% zart helles endvergoren Charakterbier
in Fässern u. Flaschen

August Elias

Fernsprecher 2038 D A N Z I G Fischmarkt 16-18

Billigste Bezugsquelle für Manufaktur- und Leinenwaren, Damen- u. Kinder-Konfektion
Wäsche, Weiß- und Wollwaren, Arbeiter-Konfektion

Photograph A. Klewer

Breitgasse, Ecke II. Damm · Paßbilder gut und schnell
Postkarten, beste Ausführung und billigste Preise

Danziger Fruchtgesellschaft

DANZIG, LANGER MARKT 24

Telefon Nr. 1962, 1684, 7775 Telegramm-Adresse: Krebsig Danzig

ABTEILUNG I:
Südfrüchte und kalifornische Früchte aller Art en gros

ABTEILUNG II:
Kolonialwaren und Delikatessen en gros

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die Wirtschaftsverhältnisse in den Randstaaten
für Mai werden wie folgt gezeichnet: Estland macht zurzeit eine allgemeine wirtschaftliche Krise durch, besonders seine Industrie. Nachdem zu Jahresbeginn die Leber- und Schuhindustrie erheblich eintrübten musste, hat die Abholzung jetzt die Textilindustrie ergriffen. Arbeitslosenzahl: 5000. Im Außenhandel für Januar fielen sich Ein- und Ausfuhr fast die Werte, die Statistik für Februar zeigt aber einen Einführungsschub von 187 Mill. Mk. Der Revaler Hafenverkehr war im März insolae ungünstiger Witterungsverhältnisse nur gering. Am russischen Transit trat keine Beliebung ein. Die Esti-Bank erzielte 1923 einen Neingewinn von 238 Mill. Mark. Demnächst sollen die Verhandlungen der estnischen und lettischen Zollkommissionen über Einführung einheitlicher Zollsätze in beiden Ländern beginnen. (100 Estmark auf Reval notierten Anfang Mai im Berlin durchschnittlich 1,17 R. M., Ende Mai ca. 1,08).

Auch Lettland leidet unter Depression; mit Ausnahme der Glasindustrie liegt die lettändische Industrie nicht unbedenklich. Vielfach wird freilich der Höhepunkt der Krise als überwunden angesehen, doch rechnet man noch mit einem weiteren Rückgang des Holzexports, da die Behände drinnden der Schonung bedürfen. Zum Ausbau und Ausbau seiner Industrie in Lettland auf Auslandskredit angewiesen, z. B. schweden Verhandlungen mit deutschen, englischen,

skandinavischen, französischen, schweizerischen und amerikanischen Finanzgruppen. Die Handelsbilanz war auch im Januar passiv; Einfuhr 24,2 Mill. Lat., Ausfuhr 7,9 Mill. Lat. Trotz dieser schwierigen Verhältnisse hat das Verkehrsministerium ein großzügiges Programm für den Ausbau und Wiederaufbau der Eisenbahn aufgestellt; der Ausbau des Rigaer Hauptbahnhofs soll zu Ende geführt werden. Die Bank von Lettland hat 1923 mit einem Neingewinn von 182,27 Lat abgeschlossen. Vom 1. Januar bis 1. April sind 26 neue Aktiengesellschaften mit Lat 8.610.000 gegründet worden. Für die in Lettland tätigen ausländischen Unternehmen sind von Bedeutung die vom Finanzrat kürzlich gegen die Steuerstrafe ausländischer Unternehmen gelegten Beschlüsse. Der Finanzrat achtet es für notwendig, eine Registrierung sämtlicher ausländischer Unternehmen einzuführen. Firmen, die in Lettland weniger als drei Jahre sind, sollen die Steuerzummen für ein Jahr im voraus hinterlegen (100 Lat auf Riga notierten Anfang Mai 99 R. M., Ende Mai 83 R. M.).

In Litauen war die Handelsbilanz in den ersten beiden Monaten aktiv. Einfuhr im Januar 11,9 Mill., im Februar 15,99 Mill. Lts; Ausfuhr 16,9 bzw. 18,27 Mill. Lts. Die Verhandlungen über den von Riga angebotenen Warenscheck haben in Kowno begonnen. (100 Lts auf Kowno notierten in Berlin Anfang Mai 45,75 R. M., Ende Mai 11 R. M.).

Krise bei den Wöllersdorfer Werken. Die vor Jahresfrist durch ein neues Konsortium unter Führung des reichsdeutschen Metallumkonzerns durchgeführte Industrialisierung der deutsch-österreichischen Wöllersdorfer Werke Alt-

Ges. steht vor einer neuen Krise. Innerhalb des Konsortiums sind nämlich Differenzen über die finanziellen und Produktionsmaßnahmen des Unternehmens entstanden, und einer der Hauptanteilseigner wird demnächst entscheiden. Für die Zukunft ist eine Regelung in der Form gedacht, daß die österreichische Regierung das austscheidende Aktienpaket übernimmt, aber dem reichsdeutschen Metallumkonzern die Geschäftsführung und die Stimmenmehrheit weiterhin überlässt. Bekanntlich ist in den Wöllersdorfer Werken eine ganze Reihe von industriellen Unternehmen der verschiedensten Branchen ins Leben gerufen worden, so unter anderem die Österreichische Turbinenfabrik Akt.-Ges. und die Maschinenfabrik August Negele Nachf. Akt.-Ges., an der Chemnitzer Industrie beteiligt sind. Zum Konsortium der Wöllersdorfer Werke gehört auch unter anderem die bekannte reichsdeutsche Exportfirma Hecht, Pfeiffer u. Co., Berlin.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 6. 6. 24

1 Rentenmark 1,42 Gulden.

1 Zloty 1,12 Danziger Gulden.

Berlin, 6. 6. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 6. Juni (Amtlich) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 12,00–12,40, Roggen 8,50,–0,00 Gerste 8,90,–9,50 Hafer 8,90–9,00.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schäper.
Heute, Dienstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr:

Kolportage

Komödie in einem Vorspiel und 3 Akten nach 20 Jahren von Georg Kaiser. In Szene gesetzt von Intendant Rudolf Schäper. Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr. Mittwoch, den 11. Juni: Geflossen. Donnerstag, den 12. Juni, abends 5^{1/2} Uhr. Triton und Holde. Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr. Die vertragte Racht. Sonnabend, den 14. Juni, abends 5^{1/2} Uhr. Triton und Holde.

Neueröffnung:

Proletarische Gedichte

von Walter Steinach

Preis 1,50 G

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spindens 5 Paradiesgasse 32

Von Freitag, den 13. Juni ab

Buffalo Bill



im Flamingo

Reparaturen

an Fahrradrahmen

Gespannte Räder
Emaillierung
liefern sauber und billig

Krüger & Klass

Mechanische Werkstatt u. Radspannerei
Danzig, Stadtgebiet 27
Ecke Wurstmachergasse

Erfolg

sicher durch
Gassner's
Hühneraugen-Pasta

Waldemar Gassner
Danzig Gröben

Schwanen-Drogerie.

113225

Gute Tochenuhr

billig zu verkaufen. Post
Holzraum 10, Hof, parl.

Vertrauensposten

billig Portierstelle, auch im

Hotel, gel. Handwerker-
arbeiten werden mit über-
nommen. Angebote unter

Nr. 1239 an die Exped. der

Danziger Volksstimme.

Büfettier!

Eine Nationalküche mit
2 Einwurffächern (neu) zu
verk. Rähm 33, 1 Tr. r. t. f

Gutaway, 15 Guld.,

Krawatten und Herren-
Trikotwäsche (neu) billig
zu verkaufen. Schäferet 15, 1 Tr.

1 Paar gut erhaltene

Bettgestelle

mit Matratze, auch einzeln,
zu verk. Wallgasse 19 c.

1 Tr. L. Besicht. 5–6 Uhr.

Leeres

größeres Zimmer

(mögl. Altstadt) z. 1. Juli
zu mieten geacht. Angeb.
unt. B. 1270 an d. Exped. der
Danziger Volksstimme.



Randgenähte Salamanderschuhe, außerordentlich billig

Der Verkauf beginnt

Heute, Dienstag, den 10. Juni 1924

Salamanderschuhe A. G., Danzig
Langgasse 2, am Langgasser Tor.